

# Der Rote Hahn

FRANKFURTER INFORMATIONSBLETT DER PARTEI DIE LINKE.

AUSGABE 02.2010

SPENDENBEITRAG AB 50 CENT

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte mich herzlich für Eure Unterstützung in den Wochen des Wahlkampfes bedanken. Mir hat die Arbeit mit Euch, der Wahlkampf in den Bürgerversammlungen, auf den Straßen und Plätzen Frankfurts Spaß gemacht. Ich konnte in dieser Zeit viele interessante Eindrücke sammeln können. Ich habe in dieser Stadt auch viel Resignation verspürt, aber auch zur Kenntnis genommen, dass DIE LINKE für nicht wenige Menschen Hoffnungsträger war und ist. Das ist nicht immer so. Frankfurterinnen und Frankfurter haben nicht nur mit meiner Kandidatur, sondern mit den Frankfurter LINKEN Hoffnung verbunden. Diese Hoffnung dürfen wir nicht enttäuschen. Ich habe den Bürgerinnen und Bürger und ihrem neuen Oberbürgermeister zugesichert, in Potsdam ein starker Vertreter auch Frankfurter Interessen zu sein, ein Ansprechpartner zu bleiben, wenn Landespolitik im Sinne Frankfurts gemacht werden soll. Diesen beschriebenen Hoffnungen aber muss auch die Frankfurter LINKE gerecht werden, indem sie das direkte Gespräch sucht und sich nicht zurückzieht aus der politischen Auseinandersetzung. Unser Leitspruch kann nur sein: Jetzt erst recht. Ich wünsche Euch viel Erfolg, hoffe und weiß, dass wir im Gespräch bleiben werden.  
**Stefan Ludwig**

## Enttäuschung ja Resignation nein



**Mit den folgenden Äußerungen möchte ich einen kleinen Beitrag zur Auswertung des OB-Wahlkampfes und zur weiteren Arbeit leisten.**

Die Wahlniederlage könnte größer nicht sein, und ihre Auswirkungen auf den Kreisverband sind wohl jetzt noch nicht abzuschätzen. Aus ersten Gesprächen erkenne ich eine Art „Schockwirkung“ auf Mitglieder und Wähler. Die Ursachen für die Niederlage sind nicht an der Arbeit von Personen (außer mit Einschränkungen in Bezug auf Frank Hammer) festzumachen. Unsere Wahlkampfstrategie war richtig. Wir haben sie leider v.a. aus zeitlichen

Gründen nicht voll zur Entfaltung bringen können. Wir haben etwa vier Wochen wertvolle Zeit verloren. Während die Medien Dr. Wilke als „Heilsbringer für Frankfurt“ bereits in das Gedächtnis der Bürger hämmerten, standen wir noch in der Auseinandersetzung mit Frank Hammer und der Kandidatensuche. Das kostete Zeit und Kraft, war oft widersprüchlich und verursachte bei uns und den Frankfurtern Unsicherheit. Unser Kandidat fand bei den Begegnungen mit Bürgern stets Anklang, überzeugte mit seiner ruhigen sachlichen Art – klug und kompetent. Stefan Ludwig hat einen hervorragenden Wahlkampf ge-

führt. Dank an ihn für sein intensives Engagement, dank auch an seine Wähler und Wahlhelfer.

Wir haben zur Kenntnis zu nehmen, dass eine Wählermehrheit, die gemessen an der Zahl der Wahlberechtigten allerdings eine Minderheit ist, sich für Dr. Wilke entschieden hat. Wir werden entsprechend unseres Wahlprogramms unbeirrt weiter für die Bürger unserer Stadt arbeiten. Den neuen OB werden wir auf der Grundlage seiner Wahlversprechen beim Wort nehmen und mit ihm kooperieren, wo es den Interessen der Menschen in Frankfurt dient.

**Horst Dahlmann**

Weitere Themen

Aktuelle Informationen auch im Internet unter [www.dielinke-ffo.de](http://www.dielinke-ffo.de)

Wahlauswertung  
Seite 3

Der Kreisvorsitzende im  
Interview Seite 5

Schwarz-Gelbe Koalition  
Seite 6



## Editorial

Nein, Wählerschelte ist nicht erlaubt und darf nicht sein. Als politischer Mensch sollte man sich im öffentlichen Raum selbstkritisch zeigen und definitiv zügeln, aber eben auch im intimen Bereich einmal in sich gehen. Dennoch macht das Ergebnis der Oberbürgermeisterwahlen nachdenklich und auch wütend. Stefan Ludwig hat sich in den letzten Wochen vor der Wahl reingekniet und als ein guter Oberbürgermeister für unsere Stadt präsentiert. Die Frankfurterinnen und Frankfurter aber wollten jemand anderen, jemanden, der damit wirbt, dass seine Wählerinnen und Wähler schlecht bezahlt werden dürfen, können, sollten, jemanden, der sich finanziell von einflussreichen Geldgebern unter die Arme hat greifen lassen

und Augenwischerei betrieben hat, wenn er behauptet hat, auch nach der Wahl ganz unabhängig, also auch unabhängig von dem einen Geschäftsführer, Politik zu machen. Aber gut: Ein Frankfurter soll's sein. Einer, der Arbeitsplätze schafft. Die Rechnung der heutigen und vergangenen Koalitionäre im Bund ist auch auf kommunaler Ebene aufgegangen. Erst stranguliert man Kommunen und Bürgerinnen und Bürger, indem man dem Sozialstaat und der öffentlichen Hand einen Finger nach dem anderen abschneidet und dann wird ein Kandidat als Messias des Arbeits- und Perspektivenmarktes aufgebaut, wird die ganze Klaviatur gespielt, um Angst und Hoffnung in Wählerstimmen umzumünzen. Acht Jahre – und

schon die ersten Monate werden das Potemkinsche Dorf der Unabhängigkeit und Bürgerverbundenheit des neuen Machers in sich zusammenfallen lassen. Den Frankfurterinnen und Frankfurtern ist das absehbare Hauen und Stechen nicht zu wünschen, auch wenn es ein vermeidbares gewesen wäre. Obwohl: Das ist es immer noch. Eine starke LINKE sollte sich nicht in den Schmolllwinkel zurückziehen, sondern erarbeitete Positionen und Inhalte in Verantwortung für diese Stadt selbstbewusst vertreten und auch dann zur Stelle sein, wenn die Entzauberung des Heilsbringers beginnt und getroffene Fehlentscheidungen korrigiert werden dürfen, können, sollten.

**Thomas Feske**

## Termine

**06./13./20.04.10, 10 Uhr**  
GKV  
Kreisgeschäftsstelle

**29.03.2010, 18 Uhr**  
Gesamtmitgliederversamm.  
Industrie- und Handelskammer,  
Puschkinstraße

**12. und 26.04.2010, 16 Uhr**  
Kreisvorstand  
Kreisgeschäftsstelle

**16.04.2010, 17 Uhr**  
Ernst-Thälmann-Ehrung  
Ehrenmal am Kleistpark

**20.04.2010, 14 Uhr**  
KV mit B0-Vorsitzenden

Weitere Informationen unter:  
[www.dielinke-ffo.de](http://www.dielinke-ffo.de)



## Herzlichen Glückwunsch!

Zum Geburtstag gratulieren wir in aller Herzlichkeit:

Waltraut Westphal	am 02.04. zum 77.	Konrad Kilper	am 15.04. zum 76.
Jutta Hallasch	am 03.04. zum 70.	Gerda Schmidt	am 15.04. zum 82.
Rolf Jenichen	am 04.04. zum 77.	Alfred Böttcher	am 17.04. zum 82.
Edith Fiedler	am 06.04. zum 83.	Annelies Heine	am 17.04. zum 82.
Günter Schulz	am 08.04. zum 77.	Werner Häsler	am 18.04. zum 79.
Ursula Breyer	am 09.04. zum 80.	Gundula Kersten	am 19.04. zum 83.
Waltraut Dahlmann	am 10.04. zum 76.	Werner Senf	am 21.04. zum 89.
Eva Lauer	am 10.04. zum 78.	Margot Luther	am 22.04. zum 80.
Johannes Nettesheim	am 11.04. zum 93.	Klaus Winkelmann	am 24.04. zum 75.
Ruth Schröder	am 11.04. zum 81.	Anneliese Behnke	am 28.04. zum 79.
Lothar Voigtmann	am 11.04. zum 71.	Wilhelm Krüger	am 28.04. zum 93.
Fritz Krause	am 13.04. zum 85.	Anita Luft	am 29.04. zum 74.
Dieter Koschnitzke	am 13.04. zum 70.	Horst Hübner	am 30.04. zum 72.
Ursel Jäckel	am 15.04. zum 79.		





**Schwarz-Gelb =**

## Christlich-Liberale Koalition?

Führende Politiker der CDU und FDP möchten die schwarz-gelbe Koalition als christlich-liberale Regierung bezeichnet wissen, da sie – so kann man hören und lesen – christlich-liberale Werte vertreten. Indessen zeigen die ersten einhundertfünfzig Tage Regierung Merkel-Westerwelle, dass ihr Wirken weder christlich noch liberal, sondern zunehmend unsozial ist. Das bisher von ihr auf den Weg gebrachte und die kürzlichen Beratungen des Bundestages zum Haushalt 2010 machen sichtbar, dass die Umverteilung von unten nach oben verstärkt fortgesetzt wird.

Nachdem 480 Milliarden Euro Steuergelder als Kapitalspritzen und Bürgschaften in kurzer Zeit zur Rettung von Banken bereit gestellt wurden und dann mit dem sogenannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz vornehmlich an Unternehmen und überdurchschnittlich Verdienende weitere Steuergeschenke gemacht werden, folgt die bisher höchste jährliche Neuverschuldung der BRD mit 80 Milliarden Euro. Statt bei den Gewinnern der Finanzspekulationen und Verursachern der von der Politik beklagten Finanz- und Wirtschaftskrise zu kassieren, nimmt die Regierung bei eben diesen auf dem Kapitalmarkt Kredite in nie gekannter Höhe auf.

Das hält die FDP als Speerspitze in der neoliberalen Politik jedoch keineswegs davon ab, unablässig weitere Steuersenkungen für Unternehmen und „Leistungsträger“ zu verlangen. Für die Zinsen der hohen Staatsverschuldung (40 Milliarden Euro in 2010) sollen folglich nicht die Konzerne, Milliardäre und Millionäre, sondern Arbeitnehmer und Rentner mit Leistungskürzungen und Einsparungen aufkommen. Bundesfinanzminister Schäuble kündigt an, dass die Folgen der Krise in den nächsten Jahren erhebliche Sparmaßnahmen erfordern und dass ab 2011 schwerwiegende Entscheidungen und Einschnitte auch bei gesetzlichen Leistungen notwendig werden. Es ist offensichtlich, dass die schwarz-gelbe Koalition noch die im Mai stattfindenden Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen erfolgreich überstehen möchte, bevor der Offenbarungseid zu tiefen sozialen Einschnitten endgültig erfolgt. Eine Reihe von Äußerungen und Maßnahmen lassen die beabsichtigte politische Richtung bereits erkennen:

Westerwelle hat eine Diskussion zur zukünftigen Arbeitsmarktpolitik in Gang gesetzt, in der die Millionen Niedriglöhner bewusst gegen die Hartz-IV-Empfänger ausgespielt werden. Damit geht bereits eine Sperrung bzw. Kürzung von Haushaltsmitteln zur Eingliederung von Hartz-IV-Beziehern trotz steigender Arbeitslosigkeit einher. Eine neue Verordnung zur Vergabe von Arbeitsmarktmitteln in diesem Jahr richtet sich gegen die Einrichtung eines öffentlichen Beschäftigungssektors in Berlin und Brandenburg. Die rot-rote Landesregierung plant 8.000 Stellen in Brandenburg, insbesondere für Langzeitarbeitslose. Die Bundesregierung will offensichtlich die Arbeitsmarktpolitik der Agenda 2010 durch weitere Kürzungen verschär-

fen. Das läuft auf noch mehr 1-Euro-Jobs und Niedriglohn hinaus.

Mit der Begründung einer negativen Lohnentwicklung 2009 ist bereits die Nullrunde für 20 Millionen Rentner im laufenden Jahr erklärt. Notwendig wäre, so wird verlautbart, eine Rentenkürzung. Eine unterbleibende Rentenminderung soll in späteren Jahren mit einer etwaigen Erhöhung verrechnet werden. Bezüglich der Gesundheitspolitik wird nun eine Regierungskommission über die Summe der zukünftigen Kopfpauschale, die vom Arbeitslosen und dem Großverdiener in gleicher Höhe entrichtet werden soll, befinden. Bis es soweit ist, beginnen Krankenkassen mit gesetzlicher Duldung schon mal mit der Erhöhung der Versicherungsbeiträge. In Brandenburg sind davon bereits 295.000 Menschen betroffen. Die Pharma-Konzerne können indessen weiter die Preise für Medikamente nach eigenen Vorstellungen über Profithöhe und ohne staatliche Kontrolle festlegen. Zeitgleich zu all dem ist aus Geschäftsberichten der Deutschen Bank und der größten Konzerne für das Jahr 2009 zu entnehmen, dass von der Krise kaum beeinträchtigt hohe Gewinne geschneit wurden. Schließlich geht es auch für die größten deutschen Unternehmen an der Börse aufwärts. Und so haben auch die Gehälter und Boni der Manager und Großaktionäre wieder ein Niveau wie vor der Krise. In einer weiteren Vertiefung von Armut für viele und Anhäufung von Reichtum für wenige spiegeln sich die von der Koalition aus CDU/CSU und FDP beschworenen christlich-liberalen Werte ihrer Politik wider. Umso aktueller ist die Forderung der LINKEN für ein Programm zur Schaffung von zwei Millionen Arbeitsplätzen, eines gesetzlichen Mindestlohns, die Überwindung von Hartz IV sowie der Beendigung der Auslandseinsätze der Bundeswehr. Die Gegenfinanzierung wäre durch Steuererhöhungen bei hohen Einkommen und der Rücknahme von Steuervergünstigungen der vergangenen Jahre gewährleistet.

**Horst Dahlmann**

**PS:** Die Frankfurter CDU verhielt sich im OB-Wahlkampf gegenüber dem Kandidaten der Linkspartei sehr unchristlich. Wir können nun gespannt sein, ob der von der CDU unterstützte Oberbürgermeister Dr. Martin Wilke die von dieser Partei betriebene Ausgrenzung und Blockade der linken Stadtverordneten überwinden wird.

# Mein LEBENSFEUER

Gedanken zu einem Miniaturbuch von Hellmut Appel

Nach Wolfgang Schmidt, Hans Westphal und Erich Senst hat erneut ein Mitglied der „Schreibenden Basisgruppe S 06“ zur Feder gegriffen und einige seiner Lebenserinnerungen aufgeschrieben. Ich finde, der Autor Hellmut Appel hat mit „Mein Lebensfeuer“ einen seinem Leben und Wirken als Feuerwehrmann gerecht werdenden und zugleich einprägsamen Titel gewählt. Das feuerrote, mit Goldprägung in feinem Leder gefertigte Miniaturbuch ist auch optisch ein Blickfang für jedes Bücherregal.

Getreu der Erfahrung, das beste Buch ist das, welches dem Leser seinen eigenen Reichtum fühlbar macht, schreibt Hellmut Appel über sein Leben und seine Arbeit als Landarbeiter in Kriegs- und Nachkriegszeiten und seine ihn mit Begeisterung erfüllende Mitarbeit in der Freiwilligen Feuerwehr Rehfeld 1948. Damit bewahrte er das Erbe seines Vaters in sich selbst in Ehren.

Hellmut Appel schreibt in seinem Miniaturbuch sehr lebendig und mit innerer Anteilnahme, wie er sein Arbeitsleben in der DDR, der Arbeit mit und in der Feuerwehr widmete. So schaffte er es bis zum obersten Feuerwehrmann im Bezirk Frankfurt (Oder), obwohl das kein offizieller Titel ist. Sein sehr dezent gestaltetes und mit Bildern bereichertes Büchlein verdeutlicht dem Leser, er hatte ein sehr erfülltes Arbeitsleben. In diesem lernte er viele Menschen kennen, mit einigen schloss er Freundschaft.

Amüsant ist die Episode der Brandbekämpfung 1957 in Slubice. Damals gab es keine Abkommen dazu zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen. Die EU war noch in weiter Ferne. Für mich sehr bewegend und nachvollziehbar, weil ähnliche Begebenheiten zu meinem Leben an der Erdgastasse in der Sowjetunion gehörten, sind die Episoden „Freunde fürs Leben – Anja und Victor“ sowie „Patenkind und Vaterschaft“. Dabei schreibt er über seine Lebensmaxime, mit einem Freund an der Seite, ist kein Weg zu lang. Fast logisch die Schlussfolgerung von Hellmut Appel an Stelle eines Vorwortes:

Meine Lebenserinnerungen sollen dem Leser zeigen, mein bisheriges Dasein auf unserer schönen Erde war und ist für mich lebenswert. Deshalb hat Hellmut Appel in der Reihe „Greift zur Feder, Genossen!“, seine Edition „Mein Lebensfeuer“ auch gern geschrieben. Viele anregende Gespräche dazu mit ihm und seiner Gattin bestätigten mir das. Bleibt mir hinzuzufügen, ich bin der Überzeugung, ein solches Lebensfeuer, wie in meinem Mitstreiter Hellmut Appel, brennt auch in den Herzen anderer Genossinnen und Genossen unter uns. Es brennend zu halten und im Sinne des Wortes die Wärme des Geschriebenen weiter zu tragen, das bleibt für mich eine schöne Lebensaufgabe, der ich mich gern widme.

**Erik Rohrbach**

## Internationaler Frauentag 2010

Die leitenden Genossen der Basisorganisationen Frankfurt (Oder)-Süd hatten uns Frauen am 9. März anlässlich des Frauentages, der auf eine nunmehr 100-jährige Tradition zurückblickt, zu einer gemütlichen Runde eingeladen. Ich finde eine lobenswerte Geste, für die den für die Organisation verantwortlichen Genossen unser Dank gebührt.

Trotz Schwarzmalerei von Frau Alice Schwarzer, diesen Tag abzuschaffen, gab es im Laufe der Diskussion unter uns Frauen die einhellige Meinung, dass diese Frage nicht zur Debatte steht. Der Initiatorin Clara Zetkin, die mit der Einführung eines solchen Tages vor 100 Jahren damit den Kampf der Frauen für Gleichberechtigung auch international unterstrich, wird bis heute weltweit Anerkennung gezollt. Frau Schwarzer ist doch auch eine Frau, und deshalb ist ihre heutige Haltung für ich unverständlich.

Doch zurück zu unserer Frauentagsrunde. Nachdem Kaffee und Kuchen – den Bäckern und Spendern ein großes Lob – vortrefflich gemundet hatten, lasen unsere Genossen Erik Rohrbach und Hellmut Appel einige Episoden aus ihren sich in

Vorbereitung befindlichen neuen Minibüchern vor. Wie man damit schlussfolgern konnte, hat der „Appell“ des Genossen Erik Rohrbach „Greift zur Feder, Genossen!“ besonders in Frankfurt (Oder)-Süd nicht auf taube Ohren gestoßen. So ist es doch immer wieder interessant, wie unterschiedlich unsere Lebensläufe die eigene Entwicklung beeinflussten und heitere und besinnliche Texte darüber Auskunft und Nachdenken für die spätere Generation geben. Es war nicht zu vermeiden, dass neben diesen Beiträgen auch über die bevorstehende OB-Wahl und andere politische Themen gesprochen wurde. Und wir Frauen kamen hier mehrheitlich zu Wort und haben die Gleichberechtigung unterstrichen. Der Beweis war erbracht, dass auch bei solchen Treffen ein lockerer Ton vorherrschen kann. So freuen wir uns schon auf den nächsten Frauentag in einem Jahr!

**Ingeborg Senst**

B0 Süd 06

## Linke Worte, aber nicht mit links:

### HERTA SCHOLZE

Kürzlich hatte ich auf eigenen Wunsch einen sehr angenehmen Dialog mit unserer Mitstreiterin Herta Scholze. Angeregt wurde ich zu diesem Gespräch durch ihren Beitrag im Miniaturbuch unseres Kreisverbandes „Wir über uns“. Die Autorin nannte ihren gefühlsbetonten Beitrag „Bilder einer Ausstellung“. Nach der Vorstellung unserer Edition des Kreisverbandes hatte ich mit Herta Scholze einen ersten Meinungsaustausch in dem sie mir mitteilte, sehr gern zur Feder zu greifen und zu schreiben. Getreu dem Motto „Was lange dauert, wird gut“, übergab mir Herta Scholze einen Gedichtband und zwei ihrer Bücher „Zuversicht trotz Krebs“ und „Schafskälte“. Hannelore und ich haben diese Bücher mit großem Interesse und innerer Anteilnahme gelesen. Auszüge aus dem Gedichtband wir „Hoffnung“, „Licht ist auch Wärme“, „Ermunterung“, „Zuversicht“, „Der schöne alte Baum“, um einige zu nennen, werden wir im Roten Hahn veröffentlichten. Die sehr sanften, einfühlsame Wärme und Geborgenheit und zugleich herzlichen und verständlichen Worte von Herta Scholze sind es wert, einem größeren Kreis als bisher bekannt gemacht zu werden. Ich kann es auch so sagen, ich bin stolz darauf, in unserer Partei solche politisch und literarisch engagierten Mitstreiter

wie Herta Scholze zu haben. Für sie ist ihr Schreiben, Gefühle auszudrücken, sich öffnen, Anderen ihre Gedanken und Empfindungen mitzuteilen, zu einer sie mit Freude erfüllenden Lebensaufgabe geworden. Ich eigener Sache rechne ich natürlich damit, Herta Scholze auch als Autorin für unseren Roten Hahn gewonnen zu haben ... Selbstredend, sie auch an meiner Seite zu wissen, wenn unser Kreisvorstand ein neues Miniaturbuchprojekt startet. Der schöne Satz von Georg Christoph Lichtenberg „Mehr als das Gold hat das Blei in der Welt verändert. Und mehr als das Blei in der Flinte das im Setzkasten“, inspiriert Herta Scholze zur Feder zu greifen.

Aus unserem Gespräch weiß ich, sie will nicht gleich die ganze Welt verändern, aber mit ihrem geschriebenen Wort als LINKE zum Nachdenken über die Welt, in der wir leben, anregen. Dafür gebührt Herta Scholze Dank, Anerkennung und unser gemeinsamer Respekt.

**Erik Rohrbach**

# WIR WERDEN UNS MIT SICHERHEIT NICHT VERKRIECHEN.

Interview mit dem Kreisvorsitzenden, René Wilke, zum Oberbürgermeisterwahlkampf und den anstehenden Aufgaben.

## Die Linke hat die Oberbürgermeisterwahl verloren. Kam das Ergebnis überraschend für Dich?

In der Deutlichkeit war es sehr überraschend, ja. Dass Dr. Wilke vorne liegen wird, damit habe ich gerechnet, aber wir sind dennoch alle von einer Stichwahl ausgegangen. Da ich Stefan Ludwig im Wahlkampf sehr viel bei Veranstaltungen begleitet habe, hatte ich auch einen anderen Eindruck. Überall, wo er auftrat, konnte er viele Bürgerinnen und Bürger von sich überzeugen.



## Worin siehst Du die Ursachen für das Ergebnis?

Der Kreisvorstand hat bereits drei Beratungen zur Auswertung vorgenommen, auch mit der Fraktion und den BO-Vorsitzenden. Es gibt eine ganze Reihe von Faktoren, die man hier anführen kann. Klar ist, dass wir deutlich zu spät anfangen konnten. Der im Dezember neu gewählte Kreisvorstand musste in einer sehr komplizierten Gemengelage die Kandidatenfrage klären. Zu dem Zeitpunkt war völlig unklar, wer es werden sollte. Die Kandidatur von Frank Hammer war bekannt, der Wunsch nach Stefan Ludwig ebenso. Beide gleichzeitig antreten zu lassen, war ebenso undenkbar wie gänzlich auf einen Kandidaten zu verzichten. Genau dies zu klären, hat viel Zeit gekostet. Zeit, die wir schon da eigentlich längst nicht mehr hatten. Dieses Hin und Her hat uns mit Sicherheit nicht geholfen. Weitere Faktoren neben der kurzen Zeit und der damit einhergehenden Unbekanntheit waren das große Bündnis um Martin Wilke und die Art des Wahlkampfes. Die Sachlichkeit war wohlthuend. Keine Schlamm-schlacht, keine persönlichen Diffamierungen. Aber ein Wahlkampf, der so wenig polarisiert, lässt natürlich auch wenig Möglichkeiten zur Abgrenzung. Das lag auch nicht in der Natur der Kandidaten. Letztlich stand – behaupte ich – dann nur noch die Frage, wem man es mehr zutraut. Und da stand Herr Wilke mit dem großen Bündnis und seiner Frankfurter Verwurzelung in der Gunst der Wähler wohl besser da als Stefan Ludwig.

## Findest Du die Entscheidung, Stefan herzuholen, im Nachhinein falsch?

Nein, definitiv nicht. Stefan war ein toller Kandidat und jeder, der ihn erlebt hat, gesteht ihm – selbst bei anderer Parteienpräferenz – mindestens das zu. Auch vom Lager der Mitbewerber haben wir das immer wieder gehört. Stefan hat einen tollen Wahlkampf gemacht, von früh bis spät geackert und uns durch sein Wissen und seine Kompetenz enorm bereichert. Dafür danke ich ihm sehr. Wir haben die Wahl zwar verloren, aber wenn wir mit den Erfahrungen dieser Wochen richtig umgehen, können wir gestärkt daraus hervorgehen. Und das liegt auch an Stefan!

## Die MOZ schrieb, dass die LINKE einen müden Wahlkampf geführt hat. Wie siehst Du das?

Müdigkeit nach dem Wahlkampf sehe ich, aber Müdigkeit im Wahlkampf konnte ich nicht feststellen. In den letzten drei Wochen waren wir sieben Tage die Woche von früh bis spät unterwegs. Zusätzlich musste Stefan – aufgrund der Erkrankung von Kerstin Kaiser – als amtierender Fraktionsvorsitzender die Landtagsfraktion managen. Im Vergleich zum Bundestags- und Landtagswahlkampf war dieser ein Mammutprogramm. Jedes Wochenende Publikationen im Blickpunkt, viele Bürgeranfragen, dutzende Gesprächs- und Diskussionsrunden und dazu selbst organisierte Veranstaltungen und Bürgerforen und vieles mehr. Wir waren also mit Sicherheit nicht untätig. Und trotzdem: Wenn der Eindruck entstanden ist, dann ist das ein Problem und dann war es entweder nicht genug oder nicht das Richtige. Ich habe da leider auch nur eine Innensicht. Die deckt sich natürlich nicht immer mit der von außen. Was uns als Kreisvorstand aber sehr deutlich aufgefallen ist, sind unsere schwindenden Kräfte. Wir waren kaum in der Lage, Infostände durchzuführen und auch das Plakatieren wurde in manchen Stadtteilen zu einem ernsthaften Problem. Viele Genossinnen und Genossen haben aufgrund ihres Alters nicht mehr die Kraft, sich so einzubringen wie früher. Das ist in keinster Weise als Vorwurf zu verstehen, aber zur Kenntnis nehmen müssen wir es. Derzeit zweifle ich ernsthaft an unserer Kampagnenfähigkeit. Wenn wir hier keine Lösungen finden, will ich mir die Wahlkämpfe in vier Jahren gar nicht vorstellen.

## Wie will der Kreisvorstand damit umgehen? Welche Ideen gibt es?

Zwei Wochen nach der Wahl haben wir natürlich noch nicht die Antworten auf alle Fragen. Aber den ersten Schritt – die richtigen und zum Teil auch schmerzhaften Fragen zu stellen – haben wir begonnen. Wir werden in Kürze eine Art Fragebogen in die Basisorganisationen geben, um uns einen Überblick über die Anzahl der aktiven Genossinnen und Genossen zu verschaffen. Wir müssen erfahren, wie groß der Personenkreis überhaupt noch ist, auf den wir in solchen Wahlkämpfen zurückgreifen können. Neben dieser zentralen Frage werden auch andere gestellt. Das soll uns bei der Analyse helfen. Dazu kommt die Gesamtmitgliederversammlung am 29. März und eine Klausurtagung von Kreisvorstand und Fraktion Mitte April. Zu dieser Klausurtagung wird der Kreisvorstand anhand der Publikationen im Wahlkampf eine Zusammenstellung von inhaltlichen Vorschlägen vorlegen. Das Ziel ist es, gemeinsam mit der Fraktion die politischen Grundlinien für die nächsten Monate zu diskutieren und unser kommunalpolitisches Profil wieder zu schärfen.

## Welche Aufgaben stehen darüber hinaus noch an?

Das Brückenfest steht kurz bevor! Hier können und sollten wir zeigen, dass wir uns nun mit Sicherheit nicht verkriechen. Ich hoffe wieder auf viele aktive Mitstreiterinnen und Mitstreiter! Ohne sie wird es nicht gelingen. Dazu kommt die Durchführung des Mitgliederentscheids, die Vorbereitung des Bundesparteitags, der ja immerhin unsere neue Parteispitze wählen soll, die Begleitung der nun angestoßenen Programmdiskussion und die Umsetzung des beschlossenen Leitungsantrags. Wir müssen nach der gründlichen Analyse die nötigen Konsequenzen ziehen und den Blick nach vorne richten. DIE LINKE in Frankfurt (Oder) ist nach wie vor stark, und unsere Wählerinnen und Wähler erwarten vernünftige Politik von uns. Das ist unser Auftrag, den müssen und wollen wir so gut wir können erfüllen und das ist es, woran wir weiter arbeiten müssen.

**Das Gespräch führte Thomas Feske.**



# Oberbürgermeisterwahlen in Frankfurt: Eine erste Analyse.

Martin Wilke hat die Wahl im ersten Durchgang gewonnen. Er und die unterstützenden Parteien konnten 59,45 Prozent, die Einzelbewerberin Katja Wolle 13,62 Prozent und der Kandidat der LINKEN 26,93 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen. Die Wahlbeteiligung lag bei 39,5 Prozent. Dieser niedrige Wert ist Ausdruck einer tiefen Resignation, die sich auf politische Prozesse und Verantwortliche unserer Stadt bezieht. DIE LINKE hat mit ihrem Kandidat im Vergleich zu vorhergehenden Wahlen stark verloren.

Auch in der Summe wäre das linke Lager nicht stark genug gewesen, den Einheitspartei-Kandidaten des Bürgerbündnisses zu schlagen.

Die Verschlechterung der Linken hat sicherlich damit zu tun, eine Gegenkandidatin gehabt zu haben, die soziale Schwerpunkte gesetzt hat.

Die Verluste im Vergleich zur vorhergehenden Wahl hängen mit verschiedenen Faktoren zusammen – dazu gehören unter anderem: Probleme in der (Binnen-)Mobilisierung unserer Mitglieder und unserer Wählerinnen und Wähler, das Zusammenspiel der verschiedenen Gremien unserer Partei in der Kandidatenfindung, die Stürfeuer möglicher weiterer Kandidaten aus unseren Reihen, die öffentlich geäußerten Zweifel an einem Kandidaten, der nicht aus Frankfurt stammt.

Die Strategie des übergreifenden, integrierenden OB-Kandidaten mit einer starken Partei im Hintergrund ist nicht vollständig aufgegangen. Dies ist eindeutig: Eine stärkere Polarisierung wäre (im Nachhinein) die wahrscheinlich bessere Alternative gewesen, um den bürgerlichen Block aufbrechen zu können und die berechtigte Kritik an Martin Wilke in Wahlentscheidungen umzusetzen. Fakt ist aber auch, dass eine solche Strategie nicht dem Profil des Kandidaten und der LINKEN in Frankfurt entspricht. Sowohl der eine als auch die andere setzen auf sachorientierte, konstruktive Auseinandersetzungen. Die Tatsache, dass das einer gedeihlichen Entwicklung Frankfurts am zuträglichsten ist und wäre, konnte offensichtlich nicht klar genug vermittelt werden.

Der Kandidat der LINKEN wurde zu spät benannt. Der Medienwahlkampf der LINKEN musste auch gegen einen Großteil der Frankfurter Medien geführt werden, die Martin Wilke regelrecht hofierten. Stefan Ludwig hat im direkten Kontakt und in der inhaltlichen Auseinandersetzung überzeugt. Leider hat es weder für das eine noch für das andere ausreichend Gelegenheit gegeben, hat DIE LINKE zu wenig Gelegenheiten geschaffen.

Dennoch sei auf einige Besonderheiten in den Ergebnissen verwiesen. Die Unterstützerparteien Martin Wilkes haben bei den Kommunalwahlen 2008 gemeinsam 52 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen können. In der Briefwahl haben sich kaum mehr Wählerinnen und Wähler, nämlich nur 54 Prozent für Wilke ausgesprochen. Von einer Watsche für das linke Lager kann hier also nicht die Rede sein, dennoch von einem schwachen Abschneiden der LINKEN, die Stimmen an die Einzelbewerberin Wolle abgeben musste. Wolles Abschneiden hat sich zur Hauptwahl hin verschlechtert, was sicherlich ihrer konkreten Präsenz im laufenden Wahlkampf zuzuschreiben ist.

Es lässt sich wie in den vorangegangenen Wahlen eine politische Spaltung Frankfurts feststellen, die insbesondere (aber nicht nur) zwischen Innenstadt und Ortsteilen verläuft. In den Ortsteilen hat es DIE LINKE mit ihren Angeboten schwer, fährt zum Teil Ergebnisse deutlich unter 20 Prozent ein.

Überall dort, wo Wilke stark war, also beispielsweise in den Ortsteilen, waren Ludwig UND Wolle schwach. Überall dort wo Wilke schwach war, etwa in den Stadtteilen Nord und Neuberesinchen, war Ludwig



stark, die Ergebnisse für Wolle aber durchwachsen. Daraus lässt sich schließen, dass dort, wo es eine prinzipiell größere Offenheit gegenüber LINKEN Angeboten gibt, der Kandidat Stefan Ludwig als wählbares Angebot präsentiert werden konnte.

Ohnehin sei auf den Charakter der Oberbürgermeisterwahlen als Personenwahlen hingewiesen. So gesehen haben es DIE LINKE und insbesondere Stefan Ludwig vermocht, für ein personelles Angebot, das den Frankfurterinnen Frankfurtern lediglich 12 Wochen bekannt war, immerhin jeden vierten Wähler und jede vierte Wählerin zu gewinnen. Ein Misserfolg sieht – von dieser Warte aus betrachtet – anders aus.

Ein erstes Resümee muss in folgenden Schlussfolgerungen kulminieren:

- **DIE LINKE** hat keine Deutungshoheit über die städtischen Diskurse und sieht sich einer Medienlandschaft gegenüber, die ihr die Erringung dieser schwer, eigentlich unmöglich macht. DIE LINKE muss über eigene Gegenöffentlichkeiten wieder aktiver in die städtische Debatte eingreifen.
- **DIE LINKE** braucht dazu nicht nur eigene Medien, sondern auch den direkten Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürger, ihre Verankerung in Vereinen und Initiativen. Dieser direkte Kontakt, das direkte Gespräch fehlen. Das hat etwas mit der „Kampfkraft“ ihrer Mitgliedschaft zu tun, die zusehends schwindet.
- **DIE LINKE** muss kampagnenfähig werden. Im Wahlkampf ist sie das streckenweise nicht gewesen. Sie braucht neue Mitglieder, muss kraftraubende Arbeiten unter Umständen professionell erledigen lassen, braucht eine Bestandsaufnahme ihrer personellen Stärken, sowie die Bereitschaft aller, öffentlich und selbstbewusst für linke Inhalte zu streiten.
- **DIE LINKE** bleibt die stärkste Partei in Frankfurt, stellt weiterhin die stärkste Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung, zwei Landtagsabgeordnete, eine Bundestags- und einen Europaabgeordneten. Sie bleibt in der Verantwortung. Sie hat im Wahlkampf im Zuge der Erarbeitung eines Programms für einen künftigen Oberbürgermeisters für Frankfurt Verantwortung übernommen. Sie muss sich souverän in die inhaltlichen Debatten der Zukunft, insbesondere mit einem neuen Oberbürgermeister begeben und eigene inhaltliche Angebote unterbreiten. Dem neuen Oberbürgermeister werden die Rechnungen seiner Unterstützer alsbald präsentiert. Zahlen sollten nicht die Frankfurterinnen und Frankfurter. DIE LINKE muss dafür sorgen, dass die Selbstlähmung der Frankfurter Kommunalpolitik aufhört.
- **DIE LINKE** braucht Personal, das bei bevorstehenden Wahlen bereit ist, Verantwortung zu übernehmen. Sie muss dieses Personal konsequent öffentlich aufbauen. Sie muss dazu nötige Prozesse einleiten, die durch den Kreisvorstand organisiert und begleitet werden.
- **DIE LINKE** ist Stefan Ludwig zu Dank verpflichtet, der mit hohem persönlichem Engagement, eine schwierige Herausforderung sachkompetent und bürgernah angenommen hat.

Dr. Martin Schirdewan und Thomas Feske

Der neue Landesvorstand setzt sich wie folgt zusammen:

Vorsitzender

Thomas Nord

Stellvertreterin

Kirsten Tackmann

Stellvertreter

Stefan Ludwig

Landesgeschäftsführerin

Maria Strauß

Landesschatzmeister

Matthias Osterburg

Mitglieder:

Andrea Johlige, Bettina Fortunato, Dagmar Püschel, Karin Kühl, Olga Schummel, Ute Miething, Katharina Dahme, Andreas Bernig, Helmut Markov, Thomas Domres, Daniel Förster, Sven Kindervater, Steffen Hultsch

gefasste Beschlüsse:

- Leitantrag (einstimmig angenommen)
- Antrag zur bisherigen Regierungsarbeit (mehrheitlich angenommen)
- Beschluss zum Umgang mit den Biografien (mehrheitlich angenommen, 7 Nein-Stimmen und 13 Enthaltungen)
- Beschluss des Landesvorstandes zur Trennung von Amt und Mandat (bei 16 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen angenommen)
- Beschluss zur Erarbeitung eines Arbeitsgesetzbuches (mehrheitlich angenommen)
- Beschluss zur Erarbeitung eines Medienkonzept (mehrheitlich angenommen)
- Beschluss zum Start einer Bundesratsinitiative zum Thema Kindergeldanrechnung auf Hartz IV (mit Veränderungen mehrheitlich angenommen)
- Ein Initiativantrag zur sofortigen Trennung von Amt und Mandat wurde mit 38 Ja-, 51 Nein-Stimmen und 15 Enthaltungen abgelehnt.
- Ein Antrag des Landesvorstandes zu einer Satzungsänderung (gemeinsame Sitzungen von Landesvorstand und Landesparteitag) erreichte mit 62 Ja-, 33 Nein-Stimmen und 10 Enthaltungen nicht die nötige Satzungsändernde 2/3 Mehrheit.
- Ein Initiativantrag zur Kleinmachnower Schleuse wurde abgelehnt.

Auszug aus dem Beschluss der 1. Tagung des 2. Landesparteitages der Partei DIE LINKE Brandenburg am 13. März. 2010

# OPPONIEREN, REGIEREN, KONSOLIDIEREN, VERJÜNGEN

## DIE LINKE Brandenburg und ihre Aufgaben in den kommenden Jahren

Hier: zur Programmdebatte

Die Programmdebatte mit ganzer Kraft führen. Politische Bildung stärken. Der Landesverband wird sich mit all seinen Erfahrungen in die bundesweite Programmdebatte einbringen. Ziel ist es, inhaltliche Konflikte produktiv zu machen. Diskussionen verstehen wir nicht als Konflikt, sondern als Teil einer inhaltlichen Profilschärfung und gemeinsamer Aneignung. Wir rufen alle Mitglieder zur aktiven Teilnahme an dieser Debatte auf. Wir wollen die Programmdebatte mit politischer Bildungsarbeit verknüpfen. Dabei sollen vielfältige und zeitgemäße Formen politischen Lernens zur Anwendung kommen und die unterschiedlichen neuen Wege individuellen und gemeinsamen Lernens Be-

rücksichtigung finden. Wir wollen damit so viele Mitglieder wie möglich erreichen und in die Diskussions- und Lernprozesse einbeziehen. Wir wollen, dass Programmdebatte und politische Bildung feste und selbstverständliche Bestandteile unserer politischen Praxis werden. Gerade die Programmdebatte bietet begleitend die Möglichkeit, zu einzelnen Positionen unserer Partei Informations- und Bildungsveranstaltungen anzubieten. Die politische Bildungsarbeit ist ein wichtiges Standbein unseres Landesverbands, da sie unsere Mitglieder sowohl in Wahlkämpfen als auch in der alltäglichen politischen Praxis ermöglicht, linke Standpunkte inhaltlich zu vertreten und politisch durchzusetzen.

## ZUM UMGANG MIT BIOGRAFIEN

Auszug aus dem Beschluss der 1. Tagung des 2. Landesparteitages der Partei DIE LINKE Brandenburg am 14.03.2010

Die politische Situation in Brandenburg war in den Wochen nach der Bildung der neuen Landesregierung durch eine erhebliche Belastungsprobe für die rot-rote Koalition geprägt. Die Verantwortung für den dabei eingetretenen Vertrauensverlust in der Öffentlichkeit, gegenüber den Wählerinnen und Wählern und dem Koalitionspartner liegt bei der LINKEN und insbesondere bei den Mandats- und Funktionsträgern der Partei die sich nicht an die Beschlüsse der Partei zur konsequenten, offenen und öffentlichen Auseinandersetzung mit der Problematik „Staatssicherheit“ gehalten haben.

Wir haben die Offenlegung der Biografien einer und eines jeden zur Bedingung dafür gemacht, politische Ämter und Mandate im Namen und mit Unterstützung der Partei anzustreben. [...] Nicht wenige Menschen haben unter der Enge der DDR, unter der Abschottung von der Welt und von Familienmitgliedern gelitten, sind um berufliche und Bildungschancen gebracht, sind ihrer Würde und auch ihrer individuellen Freiheit beraubt worden oder sogar zu Tode gekommen. Nicht zuletzt dafür haben sich die Delegierten des Sonderparteitages der SED im Dezember 1989 bei den Bürgerinnen und Bürgern der DDR entschuldigt. Diese damalige Entschuldigung und unseren unwiderruflichen Bruch mit dem Stalinismus als System bekräftigen wir heute. [...] Dabei plädieren wir nach wie vor für eine differenzierte Einzelfallprüfung und für einen Umgang mit den Biografien mit menschlichem Maß. Die (von SPD,



LINKE und Bündnis 90/Grüne) dem Landtag vorgelegten Verfahrensregeln zur Überprüfung aller Landtagsabgeordneten auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS begrüßen wir daher und empfehlen den Fraktionen in den Kreistagen und Stadtverordnetenversammlungen und den Gemeindevertretungen bei entsprechenden Debatten sich an dieser Vorgehensweise zu orientieren. Wir erwarten eine sachliche und nicht instrumentelle Überprüfung und Beurteilung aller vorliegenden eventuell be- bzw. entlastender Fakten bei den betreffenden Abgeordneten. Wir widersetzen uns allen Versuchen, die Auseinandersetzung um die eventuelle Zusammenarbeit mit dem MfS für parteitaktische und tagespolitische Zwecke zu instrumentalisieren. Verfassungswidrige und pauschale Vorgehensweisen lehnen wir ab.

Unter der Ägide Gregor Gysis wurde ein Personalvorschlag für die zukünftige Führungsspitze unserer Partei erarbeitet. Dieser beinhaltet eine Doppelspitze in der Besetzung des Parteivorsitzes und eine Doppelbesetzung der Geschäftsführung der Partei. Bei der von neun Landesverbänden aus Ost und West beantragten Urabstimmung über die neue Struktur unserer Parteispitze und eine spätere Urabstimmung zum Parteiprogramm sind alle Genossinnen und Genossen zur Abgabe ihrer Stimme aufgerufen.

## Fragen und Antworten zum Mitgliederentscheid

### Von wann bis wann läuft der Mitgliederentscheid?

Der Mitgliederentscheid läuft vom 22. März 2010 bis zum 23. April 2010. Abstimmungsscheine, die nach dem 23. April 2010 eingehen, können nicht berücksichtigt werden.

### Wann erhalte ich meine Abstimmungsunterlagen?

Der Versand der Abstimmungsunterlagen läuft ab dem 22. März 2010. Die meisten Mitglieder sollten bis zum 26. März 2010 Post bekommen haben. Wir empfehlen, die Gesamtmitgliederversammlung am 29. März abzuwarten und dann zu entscheiden.

### Wer kann abstimmen?

Abstimmen können alle Mitglieder der Partei DIE LINKE, deren Mitgliedschaft bis zum 23. April 2010 wirksam geworden ist bzw. wirksam wird (siehe auch § 2 der Bundessatzung).

### Wie kann abgestimmt werden?

Die Abstimmung erfolgt per Brief. Jedes Mitglied erhält dazu von der Bundesgeschäftsstelle per Post einen Abstimmungsschein, Hinweise zur Abstimmung, einen Umschlag für den Wahlschein und einen Rücksendeumschlag.

### Ist die Abstimmung geheim?

Ja, die Abstimmung ist geheim. Der Abstimmungsschein kann nicht einer Person zugeordnet werden. Deshalb muss der Abstimmungsschein in den dafür vorgesehenen Umschlag gesteckt werden, der wiederum in den Rücksendeumschlag gepackt wird. Das Verfahren ähnelt der Briefwahl beispielsweise bei Bundestags- oder Landtagswahlen.

### An wen muss ich den Abstimmungsschein zurücksenden?

Bitte in der Geschäftsstelle am Zehmeplatz 11 vorbeibringen.

### Wann ist der Antrag, der dem Mitgliederentscheid zu Grunde liegt, beschlossen?

Im Mitgliederentscheid gestellte Fragen gelten als beschlossen, wenn mindestens ein Viertel aller Mitglieder der LINKEN an der Abstimmung teilnimmt und wenn eine einfache Mehrheit der Abstimmenden der Frage zustimmt.

### An wen kann ich mich wenden, wenn ich weitere Fragen habe?

Die Bundesgeschäftsstelle hat eine Servicestelle Mitgliederentscheid eingerichtet, die ab dem 22. März 2010 werktags von 9 bis 20 Uhr erreichbar ist: Telefon: 030/24009-237, Fax: 030/24009-777, mitgliederentscheid@die-linke.de

### Wann findet die Auszählung des Mitgliederentscheides statt?

Die Auszählung des Mitgliederentscheid wird am 25. April 2010 in der Bundesgeschäftsstelle durch die Wahlkommission des Parteitages durchgeführt.

# Wir laden alle ein!

Dietmar Bartsch auf der jüngsten Pressekonferenz zur Programmdebatte

Einen schönen guten Tag, meine Damen und Herren, Sonnenschein nach dem Programmwurf der LINKEN, das ist ein gutes Zeichen. Ich will heute vergleichsweise wenige Bemerkungen machen. Natürlich noch ganz kurz zum Wochenende: Die Parteivorsitzenden haben sich ja auf einer Pressekonferenz umfänglich geäußert. Ich glaube, das ist ausreichend, weil sie zunächst alles gesagt haben. Der Programmwurf ist die Grundlage für alle in der Partei. Er trägt aber die Überschrift Entwurf. Ich hoffe, dass es nunmehr eine breite Debatte innerhalb der Partei gibt. DIE LINKE lädt auch andere ein, hier mitzudiskutieren – Gewerkschaften, andere außerparlamentarische Bewegungen. Wir wollen mit dem Programmwurf durchaus neue Mitglieder für die Partei DIE LINKE werben. Ich will noch betonen, dass am Ende dieser Programmdebatte ein Parteitag im Jahre 2011 stehen wird, der dann die schwierige Aufgabe haben wird, das Parteiprogramm für DIE LINKE zu verabschieden. Ich habe mit Interesse die eine oder andere Bewertung gehört. Meine Amtskollegin von der SPD hat gesagt, es wäre ein kleinbürgerlicher Entwurf mit DDR-Nostalgie. Bei allem, was man vielleicht sagen kann: Das habe ich dort so nicht feststellen können.

## OSTERMARSCH 2010

**Ostersonntag,  
04. April 2010  
Frankfurt (Oder)**

14 Uhr Friedensstele  
– Friedensglocke  
– Stadtbrücke  
– Friedenskirche

Wir schließen uns dem Aufruf der Friedensbewegung an, ein Auszug:

Afghanistan braucht eine Zukunft in Frieden [...] Gegen den Willen der großen Bevölkerungsmehrheit in Deutschland wird die Anzahl der deutschen Truppen in Afghanistan weiter erhöht. [...]

Eine andere Welt ist machbar: Armut, Hunger [...] erfordern gemeinsame Anstrengungen der Menschheit. Ohne eine konsequente Friedenspolitik ist keines dieser Problem lösbar.

### Impressum

#### Herausgeber

Kreisvorstand der Partei  
DIE LINKE.,  
Zehmeplatz 11  
15230 Frankfurt (Oder)  
Telefon (0335) 4002047  
mail: geschaeftsstelle@  
dielinke-ffo.de

#### ehrenamtliche Redaktion

Sandra Seifert, Eberhard Plehn,  
Horst Dahlmann, Erik Rohrbach,  
Rolf Jenichen, Ella Schleese,  
Thomas Feske, Gudrun Lindner

#### Druck Eigendruck

**Auflage 700**

Redaktionsschluss: 18.03.2010

Nachdrucke einzelner Artikel oder der gesamten Ausgabe bedürfen keiner Genehmigung, um eine Quellenangabe wird jedoch gebeten.